



OGB-L

**GRAD
100**



Vollständiges Dossier



OGBL Onofhängege Gewerkschaftsbond Lëtzebuerg
60 bd J.-F. Kennedy | L-4170 Esch-sur-Alzette
T. +352 2 6543 777
ogbl.lu  ogbl.lu  OGBL_Luxembourg



Zeit zum Handeln

Seit dem Ausbruch der sanitären Krise hat der OGBL alles getan, um zu verhindern, dass sie sich zu einer tiefen sozialen Krise ausweitet. Ob in den Betrieben oder bei den Verhandlungen mit der Regierung und den Arbeitgebern, der OGBL hat sich stets für die Rechte und Interessen der Arbeitnehmer.innen eingesetzt, damit sie nicht die großen Verlierer.innen dieser Krise sind.

Es ist eine Tatsache, dass die luxemburgische Wirtschaft in den letzten 18 Monaten auf eine harte Probe gestellt wurde. Der OGBL hat viele der notwendigen Maßnahmen unterstützt, die von der Regierung beschlossen wurden, um Betrieben zu helfen, die sonst große Schwierigkeiten gehabt hätten, sich über Wasser zu halten. Heute kann man sagen, dass das Schlimmste in dieser Hinsicht vermieden wurde, auch wenn viele Betriebe geschwächt wurden und einige von ihnen noch immer die Auswirkungen der Krise spüren.

Aber es sind zweifellos die Arbeitnehmer.innen und ihre Familien, die in dieser Zeit am meisten gelitten haben. Die sozialen Ungleichheiten, die in Luxemburg schon vor der Krise schleichend zunahmen, sind mit der sanitären Krise erwartungsgemäß geradezu explodiert. Es ist nun höchste Zeit, angemessene politische Antworten auf diesen Zustand zu geben und damit den Trend umzukehren. Jetzt ist es an der Zeit zu handeln.

Mehr Kaufkraft, bessere Löhne

Gerade jetzt...

- für die Stärkung der Kaufkraft der Arbeitnehmer.inne.n und der Rentner.inne.n, um die Binnennachfrage hoch zu halten und die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen.
- für eine Anpassung der Familienleistungen, die über die jetzt bestätigte Neuindexierung des Kindergelds hinausgeht - eine Folge der Aktion des OGBL, die aber den Wertverlust durch die De-Indexierung der Familienleistungen nicht ausgleicht. Der OGBL fordert eine Erhöhung um 7,7 %.

- für die Beendigung jeglicher Diskriminierung von Grenzgänger.inne.n in Bezug auf Familienleistungen.
- für die Verteidigung der automatischen Lohnindexierung (Index).
- für eine besser Widerspiegelung des realen Kaufkraftverlusts im Index (Wohnkosten und CO₂-Steuer).
- für die Anhebung des sozialen Mindestlohns, um dem Phänomen der "Working Poor" ein Ende zu setzen.
- für eine Reform des Kollektivvertragsgesetzes, damit mehr Arbeitnehmer.innen von deren Vorteilen profitieren können.

Sichere Arbeitsplätze

Gerade jetzt...

- für die Einführung einer kohärenten Politik zur beruflichen Weiterbildung, die ein echtes Recht für die Arbeitnehmer.innen werden muss. Dies ist der beste Weg, um sicherzustellen, dass die digitale Transformation und der ökologische Wandel nicht mit einem massiven Arbeitsplatzabbau einhergehen.
- für eine Reform und Stärkung des Instruments des Plans zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung, um der Gefahr von Massenentlassungen vorzubeugen.
- für eine Reform des Gesetzes über Sozialpläne, indem die Verhandlungsrechte der Gewerkschaften gestärkt wird.
- für einen besseren Schutz der Arbeitnehmer.innen im Falle eines Konkurses, insbesondere wenn die staatlichen Beihilfen für Betriebe im Zusammenhang mit der Pandemie auslaufen.
- für eine bessere Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, um die Arbeitslosenhilfe in ein echtes Instrument zur Bekämpfung der Prekarität zu verwandeln.

Eine aktive Politik für erschwinglichen Wohnraum

Gerade jetzt...

- für einen grundlegenden Richtungswechsel in der Wohnungspolitik. Der Wohnungsnotstand wird von niemandem mehr geleugnet.
- für die aktive Bekämpfung der Bodenspekulation durch steuerliche Maßnahmen: Reform der Grundsteuer und Einführung einer nationalen Spekulationssteuer.
- für Steuerinstrumente, die wirklich die Spekulanten und nicht die Normalbürger.innen

treffen. In diesem Zusammenhang spricht sich der OGBl für eine progressive Besteuerung je nach Anzahl und Größe der Immobilien und Grundstücke aus, aber auch für die Steuerfreiheit des Wohnsitzes der/des Steuerpflichtigen.

- für eine echte Mietpreisbremse, die die Entwicklung der Wohnkosten, aber auch die der Einkommen widerspiegelt.
- für die Einführung sozialer Kriterien und einer Degravität bei der Zahlung von Klimahilfen für Renovierungen zur Steigerung der Energieeffizienz. Es ist wichtig zu vermeiden, dass diese Beihilfen nur wohlhabenden Haushalten zugutekommen.
- für eine Erhöhung des Mietzuschusses, um der Entwicklung der Mietpreise Rechnung zu tragen.
- für eine echte Offensive zur Schaffung bezahlbarer Sozialwohnungen.

Eine gerechte Steuerpolitik

Gerade jetzt...

- gegen eine zusätzliche steuerliche Belastung der Lohnempfänger.innen, aber für Steuerreformen, die mehr Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich schaffen.
- für eine Angleichung des Steuertarifs an die Preisentwicklung, da es seit 2009 keine Anpassung mehr gegeben hat. Dies kommt einer schleichenden Steuererhöhung gleich.
- für mehr Steuergerechtigkeit bei der Ausgestaltung der Steuertarife, indem die Steuerlast für niedrige und mittlere Einkommen gesenkt wird, und zusätzliche Stufen ganz oben beigelegt werden.
- für einen Schlussstrich bei der Benachteiligung von Alleinerziehenden, die am stärksten dem Armutsriskiko ausgesetzt sind.

- gegen weitere Senkungen auf Ebene der Unternehmensbesteuerung, nachdem die Steuersätze in den letzten Jahren bereits gesenkt wurden.
- für die Beendigung der flagranten Ungleichheit zwischen der Besteuerung von Kapitaleinkommen und von Arbeitseinkommen.
- für die Besteuerung sehr großer Vermögen durch Wiedereinführung einer Vermögenssteuer („Reichtumssteuer“) und Besteuerung sehr großer Erbschaften in direkter Linie.
- für einen finanzstarken Staat, der in der Lage ist, eine proaktive Investitionspolitik in öffentliche Dienstleistungen, Gesundheit, soziale Sicherheit, öffentlichen Verkehr, Forschung, Bildung, Klimaschutz usw. umzusetzen.

Eine echte Work-Life-Balance

Gerade jetzt...

- für Arbeitsformen, die ein besseres Gleichgewicht zwischen Arbeit und Privat-/Familienleben ermöglichen.
- für die baldige Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Umsetzung der nationalen Vereinbarung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern über das Recht auf Abschalten.
- für die Ausweitung des Rechts auf Sozialurlaub auf alle Arbeitnehmer.innen, um Notfälle im Zusammenhang mit der Gesundheit oder der Familie abzudecken.
- für die Einführung einer 6. Woche gesetzlichen Urlaubs, d.h. mindestens 30 Tage Erholungurlaub.
- für die Einführung eines Rahmens, der es ermöglicht, Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohn-einbußen auszuhandeln, wobei die Besonderheiten der Betriebe und Sektoren zu berücksichtigen sind.



Ein starkes System der sozialen Sicherheit

Gerade jetzt...

- gegen die Schwächung und Infragestellung des universellen und solidarischen Charakters unseres Sozialversicherungssystems, das einmal mehr seine stabilisierende Rolle in der sanitären Krise unter Beweis gestellt hat.
- für die endgültige Einführung des allgemeinen Drittzahlers für die Gesundheitsversorgung.
- für die Verteidigung des Systems der obligatorischen Konventionierung von Ärzten. Es ist nicht der richtige Zeitpunkt, die Gebühren zu liberalisieren und eine Medizin des Mehrklassensystems zu schaffen.
- für die Verbesserung und Erweiterung der von der Nationalen Gesundheitskasse abgedeckten Leistungen, z. B. Psychotherapie, Kieferorthopädie, Augenbehandlung usw.
- für eine umfassende Reform der beruflichen Wiedereingliederung, die die zahlreichen Probleme auf dieser Ebene ein für alle Mal löst.
- für eine Erhöhung der Bettenzahl und der Personalbesetzung in den Krankenhäusern.